

Von der Vetternwirtschaft, die nicht Korruption heissen will

Korruption ist ein hässliches Wort. Korruption ist nach Transparency International der Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil. Bildlich stelle ich mir vor, dass Bargeld in Couverts von einer Hand in die nächste gereicht wird. Solches war als Schmiergeld, in Griechenland «Fakelaki» genannt, üblich beim Arztbesuch und für den Erhalt von Bewilligungen.

Korruption ist natürlich viel komplexer wirksam, ein wirkmächtiges Instrument im Dienste eigennütziger Ziele. Im internationalen Bereich finden sich erschreckende Machenschaften mit u.a. Unterschlagung bzw. Aufkauf von Studien, welche unangenehme Forschungsergebnisse enthalten, die den Markt negativ beeinflussen könnten, die Verquickung von Firmen und Behörden, und und und.

Für 180 Staaten gibt es einen Korruptionswahrnehmungsindex CPI. Als Spitzenreiter gegen Korruption werden Dänemark, Finnland und Neuseeland genannt, am Schluss der Rangliste stehen Syrien, Südsudan, Jemen und Libyen. Stark mit rechtsstaatlichen und demokratischen Institutionen ausgestattete Staaten haben weniger Korruption. Die Schweiz steht auf Rang 7 und wird als Staat mit geringer Korruption bezeichnet. Also alles Paletti? Wohl kaum. Es sei an die Preisabsprachen im Baugewerbe in gewissen Kantonen erinnert. Man spricht dann eher beschönigend von Mauseheleien, etwas härter von Betrug, weniger von Korruption.

Wo fängt die Korruption an? Betrachten wir dies am Beispiel des Lobbyismus. Lobbyismus ist der Versuch, Einfluss auf Entscheidungen von Politikern zu nehmen. In Brüssel schätzt man ein Heer von rund 15'000 Lobbyisten, die versuchen Einfluss zu nehmen. Zur Beurteilung des Lobby-Phänomens brauchen wir aber nicht nach Brüssel zu gehen. In Bundesbern ist die schiere Menge an Einflussversuchen gigantisch. Dutzende von Sessionsbriefen erreichen die Parlamentarier. In der Gratiszeitschrift «20 Minuten» vom 30.6.2023 ist zu lesen, dass Politikerinnen und Politikern von Lobbyisten bis zu zehn Mittagessen gleichzeitig angeboten werden, um sie zu beeinflussen. Diese Treffen werden von Ratskollegen mit organisiert, welche in den Verbänden tätig sind. Man könnte sich als Parlamentarier von diesen vielen Einladungen ernähren, ist zu lesen. Noch einen Schritt weiter geht es mit der Möglichkeit jedes parlamentarischen Mandatsträgers, zwei Personen seiner Wahl mit einem Badge auszustatten, was diesen den Zutritt in die Wandelhalle des Parlaments erlaubt. Lobbyismus pur! Man kann den Lobbyismus wohlwollend als eine gute Informationsquelle sehen. Mit dem Lobbyismus werden aber auch spezifische Interessen vertreten. Das ist vorerst legitimer Bestandteil der Demokratie. Wann wird es problematisch? Manche Gruppen sind sicher besser organisiert und können leichter Einfluss nehmen. Damit wird der Übergang zur ungebührlichen Einflussnahme fließend.

Bleiben wir beim Parlament. Die Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) des Europarates kritisierte kürzlich die Schweiz einmal mehr für die Intransparenz im Milizparlament, das Amt wird also in einem Teilzeitpensum ausgeübt. Worum geht es? Noch immer habe die Schweiz die Mehrheit der Empfehlungen zur Prävention von Korruption nicht hinreichend umgesetzt. Bereits 2017 sei darauf hingewiesen worden, dass die ParlamentarierInnen für ethische Fragen nicht sehr sensibilisiert seien. Es fällt insbesondere eine mangelnde Transparenz bei Entschädigungen der Tätigkeiten von ParlamentarierInnen auf. Die Schweizer ParlamentarierInnen sind im Milizsystem auf Zuerwerb angewiesen. Woraus besteht dieser? Sicher teils aus der reduzierten Weiterführung bisheriger Tätigkeiten. Mir fällt eine andere Entwicklung auf. Die Parlamentarier werden regelmässig daran

erinnert, ihre deklarierten Sonderinteressen zu aktualisieren. Dies scheint aber nicht überprüft zu werden. Und sie müssen auch nicht angeben, was sie mit ihren ausserparlamentarischen Tätigkeiten verdienen. Lobbywatch fordert seit Jahren, dies aus Gründen der Transparenz offenzulegen. Vor allem der Ständerat blockiert dies. Es ist zu lesen, dass die Mandatsträger der beiden Parlamentskammern 1688 Mandate ausüben, davon seien 780 bezahlt (Quelle: swissinfo.ch). Das sind durchschnittlich sieben Mandate pro Person, wobei der Spitzenreiter 31 Mandate ausübt! Die Wandelhallen-Lobby wird so überflüssig, die Lobby sitzt inzwischen im Parlament.

Ich verfolge im speziellen die Umweltpolitik. Wenn ein Parlamentarier sich zu Wort meldet, ist meist bekannt für welche Firma oder welchen Verband er spricht. Und dies geschieht unverfroren, so etwa im Energiebereich. Diese Verquickung mit Interessenspolitik erachte ich als verwerflich, nicht in Ordnung. Wes Brot ich ess, des Lied ich sing! Ich muss die Interessen dessen vertreten, bei dem ich auf der Lohnliste stehe, von dem ich wirtschaftlich abhängig bin. Besonders verwerflich scheint mir die langfristig strategische Einflussnahme von starken Interessensgruppen auf die Umweltpolitik. Sie nehmen manipulativ bereits in den vorbereitenden Kommissionen Einsitz und setzen sich dort gegen die Umweltanliegen ein und beeinflussen die Entscheidungsabläufe. Ich meine, Kommissionsmitglieder dürfen keine bezahlten Mandatare von Branchen sein, die hier Einsitz nehmen.

Besonders krass fällt mir die Einflussnahme in Energiefragen auf. Ich sehe hier eine Energiehysterie, die Gesamtzusammenhänge negiert. Die zäh eingesetzte Umweltvorsorge wird wieder gelockert und vereinbarte Umweltziele zeitlich verlagert. Zur Klarstellung: ich finde es ebenso wenig geeignet, dass die Umweltverbände durch ParlamentarierInnen präsiert werden, wobei diese ohnehin den Kürzeren gegen die Wirtschaftsinteressen ziehen. Entspricht im Übrigen solches Gezerre dem «Demos», dem Willen der Volksgemeinde? Ich meine nein und das ist in der wenig korrupten Schweiz korrekturbedürftig. Ja, ich sehe hier eine herrschende Unvereinbarkeit im Parlament.

Ich halte abschliessend fest: Lobbyismus ist legitim und zu akzeptieren. Es gibt aber Grenzen für den Lobbyismus zu setzen. Mächtige Lobbys korrumpieren zusehends Politik und Gesellschaft. Hier ist Transparenz, also Offenlegung angesagt. Bezahlte Mandatare mit zugeordneten Interessenslagen gehören nicht ins Parlament. Das Wort Korruption tönt wie eingangs erwähnt hart und man spricht in der Schweiz kaum von Korruption. Dafür haben wir ein weniger hartes Wort: Vetternwirtschaft. Und die gibt es auch in der Schweiz. Diese Grauzone gilt es auszuleuchten. Sie ist der Übergang zur gezielten Meinungsmanipulation in Entscheidungsprozessen. Dabei muss nicht auch Geld fliessen. Ich habe dies am Beispiel des Lobbyismus dargestellt. Die Demokratie wird so unterwandert.

Mario F. Broggi 21.6.2023

Der Beitrag von «INFO-Sperber» vom 19.8.2023 [«Schweiz bekämpft Korruption ungenügend»](#) und die aktuellen Beobachtungen der Energiedebatten im Schweizer Parlament haben mich angeregt, hierzu einige Gedanken festzuhalten.



Die Wandelhalle im Bundeshaus in Bern (© <http://www.parlament.ch>)

Nachtrag

Ein dreiteiliger SRF-Podcast «Lobbyland» beschäftigt sich mit der Einflussnahme von Lobbys in Bern ([Folge 1](#); [Folge 2](#); [Folge 3](#)). In den Beiträgen wird festgestellt, dass Kapitalinteressen im Parlament übervertreten sind. Besonders neu gewählte Parlamentarierinnen und Parlamentarier werden mit Mandaten von Interessensgruppen gelockt. Dazu zwei Beispiele:

- **Wohnen:** 27 Parlamentsangehörige sind mit einem Mieterverband verbunden, 94 mit einem Hauseigentümergeverband, während 60 Prozent der Schweizer Haushalte eingemietet sind.
- **Arbeit:** 54 Parlamentsmitglieder sind mit einem Arbeitsgeberverband verbunden, 100 hingegen mit einem Arbeitsgeberverband, wobei die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung in einem Angestelltenverhältnis arbeitet.

Fazit: Das Parlament ist kein Abbild der Bevölkerung (aus Infosperber, Pascal Sigg, 4.9.2023)

Tröstlich ist die Antwort der Stimmbürger des Kantons Wallis vom 10.9.2023: Wallis lehnt beschleunigtes Bewilligungsverfahren für alpine Solaranlagen mit 54 % ab.

Das Kantonsparlament hatte das dringliche Gesetz im Februar mit grosser Mehrheit gutgeheissen. Das Walliser Dekret sah vor, dass neu der Staatsrat als erste Instanz für Baugenehmigungen für grosse Photovoltaikanlagen zuständig ist. Im Fall einer Beschwerde hätte die aufschiebende Wirkung ausser Kraft gesetzt werden können. Dies war der erste Test für einen «Solarexpress» des Bundes beim Volk. Im Wallis sind bislang acht grosse Photovoltaikprojekte in den Alpen angekündigt.